DIPLOMATIE

SCHEEL-REISE

Privat entspannt

Gefaßt erwartete der deutsche Außenminister das Urteil der amerikanischen Alliierten über Bonns Ostpolitik. Walter Scheel fand milde Richter.

William Fulbright, Vorsitzender des Senatsausschusses für Auswärtiges, begrüßte den Bonner Gast Anfang letzter Woche in Washington: „Hier in diesem Kreise brauchen wir Ihnen keine Fragen zu stellen; hier gibt es keinen, der Sie nicht unterstützt."

US-Außenminister William Rogers versicherte dem deutschen Kollegen, die USA seien mit Weg und Ziel dieser Politik „völlig einverstanden". Und US-Präsident Richard M. Nixon sorgte sich weniger um die Bonner Ostpolitik als um die EWG und die Berlin-Verhandlungen. Sein Gast mochte das Thema auch nicht aufhauptung fanden, Brandts Ostpolitik sei ohne Rückhalt im Westen. Als neben den Senatoren Strom Thurmond (Süd-Carolina) und Gordon Allot (Colorado), rechtsgewirkten Freunden des CSU-Ultras Walter Becher, auch die alten Nato-Heroen George Ball, John McCloy und Dean Acheson gegen den Bonner Ostkurs auftraten, konnten die bundesdeutschen Brandt-Gegner den Eindruck erwecken, Kongreß und Regierung der USA schwenkten auf Widerstand.

Ende Januar meldete „Welt"-Korrespondent Heinz Barth, Senator Thurmond habe die „einmütige Zustimmung" seiner Kollegen beantragt und erhalten, Springers gefühligen Neujahrsaufsatz gegen Bonns Ostpolitik im offiziellen „Congressional Record" veröffentlichen zu lassen.

Was Barth seinen Lesern verschwieg: Anträge zur Aufnahme von Schriftstücken in die Materialsammlung des Kongresses werden auch ohne vorherige Diskussion und meist ohne inhaltliche Kenntnisnahme angenommen, ganz gleich, wieviel Senatoren



Nixon-Besucher **Scheel, Gastgeber***: „Ich habe keine Ermunterung erbeten"

bringen. Optimist Scheel nach seinem Besuch im Weißen Haus: „Ich habe keine Ermunterung des Präsidenten für unsere Ostpolitik erbeten, weil ich ja selber ganz munter bin."

Willy Brandt hatte seinen Außenminister nach Washington geschickt, um Versäumnisse der Vergangenheit wettzumachen. Denn im Drang der ostpolitischen Geschäfte in Moskau, Warschau und Ost-Berlin hatte die sozialliberale Koalition zeitweilig ihre Beziehungen zum Hauptverbündeten im Westen vernachlässigt.

So kam es, daß die innenpolitischen Gegner der Regierung Brandt/Scheel — voran die CSU des Franz Josef Strauß, die Rechtsblätter des Axel C. Springer, die Vertriebenenverbände der Herbert Czaja und Walter Becher — immer häufiger Anlaß zu der Begerade anwesend sind. Antragsteller Thurmond selber trat mit der Springer-Rede erst gar nicht im Senat auf.

Trotz der Durchsichtigkeit solcher Manöver fühlte sich die Brandt/Scheel-Regierung über die US-Haltung zur Ostpolitik zunehmend verunsichert. Als Innenminister Hans-Dietrich Genscher Mitte Januar nach New York reiste, bemühte er sich in Wendungen, die von einer Dolmetscherin und einem Konsulatsbeamten eigens auf seine geringen englischen Sprachkenntnisse zugeschnitten waren, seine Zuhörer vor dem New Yorker Rotary Club von der Bündnistreue der Deutschen zu überzeugen.

Auch den Ostpolitik-Kritikern McCloy und Lucius D. Clay, einst US-Militärgouverneur in Berlin, machte der FDP-Vize seine Aufwartung. Genscher: „Die waren eigentlich viel gemäßigter in ihrer Kritik an Bonn, als in einigen Blättern in Deutschland zu lesen war."

Vorletzte Woche ging Verteidigungsminister Helmut Schmidt auf Goodwill-Tour zu US-Verteidigungsminister Melvin Laird, der auf einer Nato-Tagung im letzten Herbst den Deutschen geraten hatte, das Tempo ihrer Ostpolitik zu drosseln.

Außenminister Scheel hatte es letzte Woche leicht. Er konnte sich sogar an einem seiner beiden Washingtoner Abende privat entspannen. Am Dienstag ließ er sich in den Washingtoner Vorort McLean chauffieren, wo er seinem Ferienhaus-Nachbarn aus dem österreichischen Hintertal, dem Millionär und Schokoladenriegel-Fabrikanten Forrest Mars jr. (Werbeslogan: „Mars bringt verbrauchte Energien sofort zurück"), einen dreistündigen Freundschaftsbesuch abstattete.

DEVISENAUSGLEICH

Bar gezahlt

Im Londoner Außenministerium hob Sir Thomas Brimelow das Whiskyglas und prostete seinem Verhandlungspartner aus Bonn zu: „Die Sache ist glücklich gelaufen."

Am letzten Dienstag hatten Sir Thomas und Delegationsführer Peter Hermes vom Auswärtigen Amt ein neues Devisenausgleichs-Abkommen fertiggestellt, das den Engländern für die nächsten fünf Jahre Bonner Zuschüsse zum Unterhalt der britischen Rheinarmee garantiert. Das Ergebnis befriedigte auch Außenminister Walter Scheel: „Die fürchterliche Quälerei der Vergangenheit hat aufgehört."

Weniger glücklich war Regierungssprecher Conrad Ahlers; sein Kommentar zu der Zahlungs-Vereinbarung: „Es wird alles nicht billiger."

Ende März und Ende Juni dieses Jahres laufen die Verträge mit Großbritannien und den USA über Zahlungshilfe für die in der Bundesrepublik stationierten Streitkräfte beider Länder aus, und neue Abkommen sind fällig. Zum erstenmal seit 1961 zeigt sich Bonn dabei wieder bereit, Ausgaben dieser Nato-Partner für ihre Truppen — wie zu Besatzungszeiten — auch durch Barzahlung aus dem Bundeshaushalt abzugelten.

1961 hatte die Regierung Adenauer das Ende der direkten Zahlungen Bonns an die westlichen Siegermächte, der sogenannten Stationierungskosten, proklamiert. In den folgenden zehn Jahren glich Bonn den Devisenverlust, der Amerikanern und Engländern durch die Ausgaben für ihre Soldaten in der Bundesrepublik entstand, mit einem komplizierten System von Rüstungskäufen, zinsverbilligten Krediten und dem Erwerb von wenig profitablen US-Schatzanweisungen aus.

Dabei zahlte Bonn drauf. So erstand der Bund in den USA unzweckmäßige Waffen, in England schließlich sogar zu hohen Preisen Postuniformen und Bibeln sowie Gesangbücher für die evangelischen Landeskirchen.

So möchte die Regierung Brandt/Scheel das Devisengeschäft nicht fortführen. In dem neuen Abkommen mit Großbritannien, das auf fünf statt bisher zwei Jahre geschlossen wurde, verpflichtet sich die Bundesrepublik,

* Im Büro des Präsidenten mit Washington-Botschafter Rolf Pauls, US-Außenminister William Rogers und Nixon-Berater Henry Kissinger.